

Die Studentenunruhen in Frankfurt am Main

Dokumentation der Ereignisse.

1967

=====

- Ende Oktober. Max HORKHEIMER spricht in einer Ringvorlesung über "Philosophiestudium heute". Er bekennt sich eindeutig zur kritischen Universität und empfiehlt Mitbestimmung für Studenten in allen akademischen Gremien. H. macht den Naturwissenschaftlern Vorwürfe, weil sie keine geeignete Vorlesung zustande brächten, in der er sich über den Stand der gesamten Naturwissenschaft heute informieren könne.
- Der Astavorsitzende stellt fest, Horkheimer habe die "materielle Studienreform eingeleitet". Umfangreiche Besprechung des Vortrages in der FAZ vom 25.X.1967. Verlauf der Veranstaltung ohne Störung.
- NOVEMBER 1967  
20. Nov. 1967 Beginn massiver Studentenunruhen in Frankfurt/M. Studentische und Nichtstudentische Mitglieder des SDS dringen in die Vorlesungen von Carlo Schmidt und Fetscher ein, stören diese und versuchen sie umzufunktionieren. Schmidt führt dennoch die Vorlesung zu Ende.
- Der Rektor erstattet Strafanzeige wegen Hausfriedensbruches (gegen 11? Demonstranten). Bis heute (1.4.69) wurde kein Verfahren durchgeführt.
- SDS bedroht den Rektor mit Strafanzeige. ASTA erklärt, man würde in Zukunft auch in Vorlesungen eindringen und politische Diskussionen erzwingen.
23. XI. RÜEGG suspendiert den SDS
- RÜEGG erklärt "das Vorgehen des SDS liefe auf die Einübung faschistischer Terrormethoden hinaus". Offener Brief des SDS, Aufruf zu weiteren Go ins Aufforderung des Rektors, Störungen zu unterlassen, solle nicht befolgt werden.
25. XI. 1967 SCHÜTTE und RÜEGG erscheinen bei einer Podiumsdiskussion, an der der suspendierte SDS teilnimmt. Schwere Vorwürfe gegen RÜEGG, der wenig geschickt agiert.

Hauptthema ist Rüeeggs Äußerung, der SDS bediene sich eines Vorgehens, das auf Einübung faschistischer Terrormethoden hinauslaufe. Diese Äußerung wird sofort umgedreht: R. habe die SDS'ler als Faschisten bezeichnet (so auch mehrfach in der Presse). Als Rüeegg sagt, er wisse schon, was faschistische Terrormethoden seien, daß seine Verwandtschaft sei im KZ umgebracht worden, bricht das Publikum in schallendes Gelächter aus.

Zwischenruf: Sportpalastjargon.

SDS Sprecher: "Die Wissenschaft ist heute zum Produktionsfaktor in der spätkapitalistischen Gesellschaft geworden. Eben diese Wissenschaft wollen wir zerstören".

28.XI.67

Assistenten greifen den Rektor an und solidarisieren sich mit dem SDS, so u. a. Dr. Negt (Assistent bei Adorno): Rüeegg habe die Methoden der Massenpresse aufgegriffen.

Dezember  
6.XII.67

K o n z i l. Soll über Zusammensetzung des satzunggebenden Konzils beraten.

Nachdem der ASTA 20 % Beteiligung gefordert hatte, bietet das Konzil auf Vorschlag von Prof. Hax eine Beteiligung am satzunggebenden Konzil von 40% Ordin. 20% Extraordin. 20% Assistenten 20% Studenten an.

Der Vorschlag wird vom Konzil angenommen. Das Konzil wünscht, daß ein Teil der studentischen Konzilsvertreter von den Fachschaften direkt gewählt werden. Hierauf erklärt der Astavorsitzende Birkholz, daß das Angebot nicht mehr akzeptiert werden könne. Man fordere jetzt "Drittelparität". Das Konzil geht auseinander. Die Zugänge zum Konzil sind von Studenten blockiert. Das Konzil war erheblich gestört, Konzilteilnehmer werden beim Verlassen des Saales behindert und belästigt. Eindringen der Masse ins Konzil konnte verhindert werden.

Das satzunggebende Konzil wird vorerst auf Ende Januar 1968 vertagt.

Die anschließende Senatssitzung wird erheblich gestört. Studenten dringen in die Rektoratsräume ein, nachdem sie den Nebenausgang verbarrikadiert haben. Blockade bis 22 Uhr. Forderung nach Öffentlichkeit der Sitzung. Studenten lehnen weitere Teilnahme an akadem. Gängen ab.

Studenten bilden Ketten und hindern die Professoren am

Verlassen der Räume.

7.XII.67

Erklärung des Kultusministers Schütte:

"Es ist angemessen, die Studenten mit 20 % an den akademischen Gremien zu beteiligen." (s. dagegen Schüttes Stellungnahme 1968 !).

FAZ vom 8.XII.67: "Im Kultusministerium geht das, was noch nicht ver-Schüttet ist in die Brüche".

10.XII.67

Flugblatt, verfaßt und unterschrieben von 18 Soziologie-Assistenten richtet scharfe Angriffe gegen den Rektor. Es wird vor allem mit der entstellten Äußerung Rüeggs ("faschistische Terrormethoden") argumentiert. Forderung nach Mitbestimmung für Studenten und Assistenten auch bei der Forschungsplanung. Keine Freiheit der Forschung für Ordinarien.

12.XII.67

Medizinische und naturwissenschaftliche Fachschaft distanzieren sich vom Auszug der Studenten aus dem Senat, wollen weiter an Fakultätssitzungen teilnehmen.

16.XII.67

Die Humanistische Studentenunion (HSU) verlegt Sitz der Zentrale nach Frankfurt.

Fortdauernde Diskussionen über Konzil, Go in, Politisierung der Hochschule in der Kinderklinik (Hövels).

19.XII.67

Nichthabilitierte der Abteilung für Erziehungswissenschaft sprechen sich für Drittelbeteiligung der Studenten aus. Prorektor stellt dem SDS (1) Hörsaal VII für ein teach in zur Verfügung. Senat nimmt nicht teil. Einige Professoren beteiligen sich persönlich, von Medizinern Hövels und Hirsch. Hövels erklärt, ihm sei von Strafanzeigen wegen des Go in bei Carlo Schmidt nichts bekannt. Hirsch spricht eindeutig gegen die Politisierung und Radikalisierung der Universität und wird von Krahl scharf attackiert. (Mit den Ausführungen von Hirsch hätten sich die Professoren selbst entmündigt). Am nächsten Tag Schlagzeile in der FAZ "Die politische Entmündigung eines Professors" mit deutlicher Spitze gegen die Professoren.

22.XII.67

Der <sup>R</sup>FCDS wirft dem ASTA zweckentfremdete Verwendung von Geldern aus der Spende für die Witwe Ohnesorg vor. Diese Vorwürfe werden nicht entkräftet. Der Finanzreferent des

ASTA muß zugeben, daß Frau Ohnesorg nur ein Drittel des von Studenten eingesammelten Betrages erhalten habe.

22.XII.67

Hochschuldiskussion im Hessischen Landtag. Unruhe über die Eskalation der Forderungen. Offensichtlich Ratlosigkeit und Mangel an Information der Abgeordneten. Die SPD erwägt (Zinn-Schütte), den Studenten Einigung mit dem Rektor bei 20 % Beteiligung nahezu legen.

1968

====

Januar  
11.1.68

Das Studentenparlament bezeichnet das Angebot des Rektors, die Universitäts-Satzungsentwürfe öffentlich zu diskutieren, als unannehmbar. Der Rektor hatte vorgeschlagen, 300 zugelassene Teilnehmer und Übertragung in andere Hörsäle, außerdem 2 1/2 Std. Dauer. Studenten verlangen volle Öffentlichkeit, Ausfallen der Vorlesungen, ganztägige Diskussion.

Die Presse meldet, Beschwerden von Arbeitern hätten zur Entlassung von Werkstudenten in mehreren Betrieben geführt. ASTA muß einen Tag später dementieren. MDB Freiwald kritisiert Rüegg: Universitäten haben versagt, man möge nicht den Politikern den schwarzen Peter zuschieben.

15 Korporationen schließen sich zur "Aktionsgemeinschaft Frankfurter Korporationen (AFK)" zusammen.

Fragestunde des Senats erweist sich als sinnlos. SDS stört die Veranstaltung durch endlose Diskussion von Verfahrensfragen.

18.1.68

Krach im Studentenparlament. Astavorsitzender Birkholz soll abgewählt werden, weil er in der Fragestunde bemüht gewesen sei, die Veranstaltung nicht zu sprengen. B. erhält knappe Mehrheit.

Rüegg betont auf Rektorenkonferenz, daß Drittelparität die Freiheit von Forschung und Lehre gefährde.

23.1.68

Jungdemokraten und Liberaler Studentenbund fordern Drittelparität.

25.1.68

Vortrag von Hennis. Er lehnt Drittelbeteiligung ab und betont, daß keine Ausweichuniversität und keine neuen Studienplätze durch alle bisherigen Reformen geschaffen seien.

Parteien im Landtag bringen Initiativantrag zum Hochschulgesetz ein. Gültige Hochschulsatzung soll bis 30. Juni 68 verlängert werden.

30.1.68

Präsident des Studentenparlaments tritt zurück. Schütte erklärt nochmal auf einer Pressekonferenz, daß 20 % ige Beteiligung der Studenten vernünftig sei.

Februar 68

- 1.II.68 Studentenparlament fordert vorlesungsfreien Tag für 8.II. Droht mit Streik, falls diese Forderung nicht erfüllt wird.  
Das Studentenparlament begrüßt mit Mehrheit die Aufbringung des amerikanischen Spionageschiffs "Pueblo".  
ASTA und Aktionskomitee der Nichthabilitierten veranstalten Podiumsdiskussion. Drittelbeteiligung  
Ist nur ein erster Schritt. Brecht die Vollmachten der Institutsdirektoren.
- 2.II.68 ASTA ruft zum Streik auf. Am 8.II. soll die Demokratisierung der Hochschule und die Rolle der Studenten in der APO diskutiert werden.
- 5.II.68 Teach in in der Universität. Ungefähr 1.000 Studenten unter Führung von R. Dutschke ziehen zum amerikan. Generalkonsulat. Polizei greift ein. Eine Gruppe zieht zum Trade Center, holt die amerikan. Fahne vom Dach und hisst die Vietcong Flagge. Ein Student verletzt. Einige Festnahmen.  
R. Dutschke festgenommen aber alsbald wieder frei gelassen. Wasserwerfer eingesetzt. Sachschaden am Handelszentrum DM 5.000.--. Strafanzeige der Polizei wegen Vernichtung der Bundesflagge.
- 8.II.68 4-stündiges Teach in in der Universität. 800 Teilnehmer. Relativ ruhiger Verlauf. Der Streikaufruf wird kaum befolgt. Keine groben Vorlesungsstörungen.
- 10.II.68 Erste Erklärung von Kiesinger: Gewalttätigkeiten sollen bestraft werden.
- 12.II.68 Wichtiger Artikel in der FAZ von v. Lojewski, Analogien zum Beginn der Nazi Herrschaft "Von der Hochschule vertrieben".
- 22.II.68 Rüegg wird als Präsident der Rektorenkonferenz durch Rumpf abgelöst. Rektoren gegen Mahns Trimester-Plan. Studenten kündigen für Anfang Mai eigenen Satzungsentwurf an.
- 23.II.68

April 1968

Anti-Springerkundgebungen. Abendroth ruft auf dem Römerberg dazu auf "den Springer-Konzern in die Luft zu sprengen".

In der Nacht zum 3.IV. Brandstiftung in zwei Warenhäusern, Schaden 2 Mill. DM. Vier Verhaftungen (2 Studenten aus Berlin, darunter Gudrun Ensslin, 1 Architekt, 1 Schauspieler). (s. Prozeßbericht 16.X.68).

Mitte April Anti-Springer-Krawalle. Polizeieinsatz. 11. April Attentat auf Dutschke.

Mai 1968

Stoltenberg greift einige radikale Professoren an (Hofmann, Maus, Flechtheim, Abendroth, Ridder).

Pariser Studentenrevolte

13.V.68 SDS ruft durch Krahel zur Besetzung der Universität auf (Notstandsgesetze) für "zunächst zeitlich nicht begrenzte Zeit, um den Produktionsbetrieb Hochschule selbständig zu übernehmen".

Schülerstreiks, Streikposten vor Gymnasien.

15.V. Zweite Lesung der Notstandsgesetze Streik beginnt. Die Eingänge zur Universität sind vom SDS verbarrikadiert. Kurze Warnstreiks in etwa 30 Frankfurter Betrieben. Gründung von Streikkomitees an der Uni.

27.V. Erneute Versperrung des Zugangs zur Universität. Rektor schließt die Universität vom 27.V. bis 1.VI.68. Studenten erklären die Universität zur "Politischen Universität". Mehrere Dozenten erklären sich bereit, an dieser polit. Universität mitzuwirken. Rektoratsbesetzung. Große Verwüstungen. Rektorat ist am nächsten Tag mit schmutzigen Präservativen übersät. Frankfurter Rundschau: "Ein Rektorat vollzukotzen, ist kein revolutionärer Akt". Rote Fahne auf der Uni. Umbenennung zu Karl-Marx Universität.

30.V. FAZ: Dieser Minister Schütte soll abtreten, damit ihm und dem Bürger das deprimierende Schauspiel erspart bleibt, wie der Träger der Kulturhoheit des fortschrittlichen Hessenlandes hinter den Ereignissen herrennt.

30.V.68

Minister Arndt: "Wir lassen uns den Staat nicht zerstören."

Polizei wird in die Uni. gerufen. Rektoratsbesetzung beendet. Aktenschranke erbrochen, Akten gestohlen, auch Prüfungsakten in der Wisofakultät. Goldene Rektorkette gestohlen (bis heute 1.IV.69) nicht wieder aufgetaucht. Die Stifterbilder im Rektorat konnten im letzten Moment in Sicherheit gebracht werden. Das Gästebuch ist besudelt.

Bei der Besetzung des Rektorats durch die Polizei sind die RMdelsführer verschwunden.

Der Rektor ruft um 2.10 die Polizei. Diese greift erst am Morgen gegen 7.00 Uhr ein. Plünderungen haben begonnen.

Im Rektorat findet die Polizei nur noch 6 Personen, darunter einen Bäckerlehrling.

Juni 68

1. Juni 1968. Kongress "Politik, Protest und Widerstand". Uni. wird nicht freigegeben. OBM stellt die Festhalle zur Verfügung. Kongress verebbt bei ganz schwacher Beteiligung.

28.V.68

Kundgebung im Hessischen Rundfunk "Demokratie im Notstand". Enzensberger "Schaffen wir französische Zustände". Adorno "Äußerungen von Regierungsmitgliedern lassen das Schlimmste befürchten".

Gollwitzer: "Die Regierung soll das Volk zum politischen Streik anhalten".

Hochhuth: "Wir dürfen uns keinen Staat zutrauen". Publikum teilweise in hysterischer Ekstase.

4. Juni 68

Studenten und Journalisten versuchen Polizei aus der Uni. zu vertreiben. Prügelei.

5. Juni 68

Krahl will ein großes Kreditinstitut besetzen, um "die Geldzirkulation des Kapitals zu unterbinden".

5. Juni 68

Polizei räumt die Universität. Vorlesungen beginnen wieder.

SDS kündigt Umfunktionierung des Lehrbetriebes und Besetzung von Instituten an.

Juni 1968 Prof. Keil Gießen (Zahnmed.) in "Christ u. Welt"  
Gegen die Oligarchie der Ordinarien.

6.6.68 Senatssitzung "Nur Einzelne sollen bestraft  
werden". Hausverbot für Krahl angedroht.  
Rüegg spricht "Ermittlungen würden durch allge-  
meinen Rechtszerfall erschwert". Er erwartet  
jetzt eine Selbstreinigung der Studentenschaft.

Marburger Manifest vom 17.4. wird erst jetzt in  
Frankfurt bekannt. Das Rektorat hatte offenbar  
die Verteilung an den Lehrkörper unterlassen!

12.6.68 Innenminister dementiert, daß Studenten über-  
wacht würden.

13.6.68 Rektor erklärt die Wahl des Studentenparlaments  
von November 1967 für ungültig, weil ein Student  
zweimal gewählt habe und die Wahlurnen nicht alle  
ordnungsgemäß bewacht waren. Wolf SDS begrüßt dies  
da nun der legale Weg zum Rätssystem frei sei.  
Birkholz abgewählt.

Podiumsdiskussion: Ordinarien auf dem Rückzug.  
Diskussion durch Lüderitz und Bilz sehr schwach.

15.6.68 Studentenparlament tagt weiter. Einspruch des  
RCDS gegen Abwahl von Birkholz.

19.6.68 FAZ berichtet erstmals über das Marburger Mani-  
fest vom April.

E. Wolf Marburg über "Abendroths Verfassungs-  
treue" ... in der FAZ.

22.6.68 Schütte dementiert, daß er in Marburg "Drittel-  
parität" angeboten habe.

25.6.68 Hausverbot für Krahl. Disziplinarverfahren gegen  
10 Studenten eingeleitet. Ermittlungen abge-  
schlossen. Schaden bei Mai/Juni Unruhen in Uni:  
DM 70.000.-. Birkholz widerstehend Astavorsitzender  
(Rektor gab dem Einspruch des RCDS statt).  
Birkholz tritt aus dem SHB aus.

26.6.68 Konzil vertagt sich auf 10. Juli. Konzil hatte Möglichkeit der Wiederwahl des Rektors beschlossen. Konzil tagte im Botanischen Institut. Starkes Polizeiaufgebot, daher keine Sprengung, wenn auch das Institut belagert wurde. Assistenten hatten im Hause Wachdienst übernommen.

Juli 1968 Störung der Vorlesung des Germanisten Martin Stern durch Basisgruppe. Gegenvorlesung angekündigt. Stern vom Podium verdrängt. Stern nimmt kurz darauf einen Ruf nach Basel an. Der Dekan der philos. Fak. erklärt: gegen die Störer des akadem. Lehrfriedens würden keine Disziplinarmaßnahmen ergriffen werden. Man würde mit ihnen in wohlwollender Weise verhandeln.

10.7.68 Konzil. Rüegg zum dritten Mal gewählt.

25.7.68 Prof. Fetz (Leibesübungen), der gerade seine Neubaupläne durchsetzte, nimmt nun doch den Ruf nach Innsbruck an.

September 16.9. Mehrere Tage lang wird ein Kaffeehaus belagert und das Publikum belästigt. Kuchen wird geklaut und als Wurfgeschos benutzt. Polizei mit Negerküssen bombardiert.

19.9.68 Schütte verkündet, das neue Hessische Hochschulgesetz würde die Drittelbeteiligung bringen!!! Scharfe Absage durch Hessische Rektoren. Will Schütte der FDP-Initiative zuvorkommen?

21.9.68 Krawalle auf der Buchmesse. Polizeieinsatz. Cohn-Bendit und Krahl treten auf.

23.9.68 Friedenspreis des Deutschen Buchhandels an Senghor in der Paulskirche. Erhebliche Krawalle. Straßenschlacht um die Paulskirche. Cohn-Bendit springt über die Absperrgitter und wird von der Polizei weggetragen. Proteste einiger linksradikaler Verleger.

24.9.68 Erster Prozess gegen einen Osterdemonstranten, einen 51jährigen Bäckergehilfen. Belagerung des Gerichts-

saales. Sprechchöre, Justizkampagne des SDS. Weiche Haltung des Gerichtspräsidenten.

Oktober 21.10. Schütte verteidigt in einem Spiegelgespräch die Drittelbeteiligung.

16.-30.10.1968 Prozess gegen die Kaufhaus-Brandstifter. Urteil für alle 4 Angeklagten je 3 Jahre Zuchthaus. Antrag des Staatsanwaltes lautete auf 6 Jahre, Verteidiger plädierte auf Freispruch. G.Ensslin und A.Baader haben gestanden, die beiden anderen verweigerten jede Aussage. Ensslin begründete ihre Handlung als Protest gegen Vietnamkrieg und um die Öffentlichkeit aus ihrer Gleichgültigkeit aufzurütteln, wollte den Monopolkapitalismus treffen. Angeklagte singen bei Urteilsverkündung die Internationale. SDS Vorstand hatte im April erklärt, "wenn es sich herausstellen sollte, daß ein Mitglied des SDS an der Brandstiftung beteiligt sei, würde es sofort aus dem SDS ausgeschlossen". Nach der Urteilsverkündung erklärt sich der SDS mit den Angeklagten "voll solidarisch" und trägt ihnen die Mitgliedschaft im SDS an. Schriftsteller (Amery, Krist u.a.) protestieren gegen das Urteil.

November 1968

2.11. Tagung der Hochschulgesellschaft (mit Kogon, Rüegg, Abelein, v.Hentig) schwer gestört. Es solle nicht über "Hochschulexpansion" sondern über "Zustand der Gesellschaft" diskutiert werden, fordern die linken Studenten. Veranstaltung gesprengt.

5.11.68

Senat diskutiert den Referentenentwurf des Hess. Hochschulgesetzes und spricht sich für abgestufte Beteiligung aus. Medizin. Fakultät erklärt Aufteilung in Fachbereiche für unmöglich und nicht mit der Bestallungsordnung vereinbar. Sozietätsdruckerei prozessiert gegen SDS wegen der Schäden bei den Osterkrawallen, verlangt DM 72.000,- Schadensersatz.

7.11. - 4.12.68 Fall Erlar. Das Kolleg "Einführung in die Rechts-

wissenschaft" von A. Erler (Rechtshistoriker) wird von Nichtanfängern gestört. Verlangt wird Diskussion, Vorlage eines Konzepts, Themenwahl durch Studenten. Nachdem 3 Vorlesungen von E. gestört wurden, lassen die juristischen Ordinarien (mit Ausnahme von Wiethölter und Gudian) aus Protest ihre Vorlesungen ausfallen. Asta protestiert "Ausperrung"! Asta fordert durch Birkholz die Emeritierung von Erler. Erler taktiert und läßt Diskussion zu. Er legt Konzept vor und verteidigt seine Unterrichtsmethode. Studenten selbst sind zerstritten. Störungen halten an. Am 4.12. sagt Erler seine Vorlesung ab. Keiner zieht Konsequenzen, kein Schutz für die Lehrfreiheit durch Senat, Fakultät, Rektor, Minister. Erler nimmt Forschungssemester und verschwindet seither aus der akadem. Öffentlichkeit.

Pressebrief der Burschenschaften (Burschentag Landau 1968). Forderung nach Drittelbeteiligung, Öffentlichkeit, Abschaffung der Fakultäten etc.

- 14.12.68 Veranstaltung der Hochschulgesellschaft unfunktioniert. Report-Chef G. Gaus mit Eiern beworfen, verläßt das Podium, Cohn-Bendit tritt an seine Stelle.
- 16.11.68 Wahl für Studentenparlament. Abstimmung ist ungültig, da eine Wahlurne gestohlen wurde.
- 16.11.68 Prozess Societaet gegen SDS, erste Verhandlung ungestört.
- 23.11.68 Prozeß gegen Oster-Randalierer vor dem Jugendgericht. Die beiden angeklagten Studenten werden freigesprochen, da Gericht "öffentliche Zusammenrottung" nicht für gegeben hält.
- 27.11.68 FDP (Bonn) stimmt Drittelbeteiligung zu.
- Dezember 3.12.68 Für die neue Parlamentswahl wird der Wahlvorschlag "Anti-autoritärer Affenbund" eingereicht.
- 4.12.68 Nach Bericht des Bundesinnenministers sind der Bundesregierung Bestrebungen bekannt, daß gewisse kleine Studentengruppen sich Handfeuerwaffen beschaffen.

- 8.12.68 Streik an der Abt. f. Erziehungswissenschaft wegen der Neuregelung der Lehrerausbildung (Reduktion auf 6 Semester). Streik in allen 18 Seminaren, Bildung von Arbeitsgruppen.
- 7.12.68 Juristische Fachschaft kündigt Klage gegen Universität an. Im Prozess soll die Fakultät für die Kosten, die ein Student für den Repetitor aufbringt, haften.
- 7.12.68 Asta Vorsitzender Birkholz wird drei Wochen vor Beendigung seiner Amtszeit vom Studentenparlament abgewählt.
- 10.12.68 Am Soziologischen Institut (Friedeburg, Habermas, Adorno, Mitscherlich) hängt die rote Fahne. Projektgruppen zur "Erarbeitung neuer Forschungsstrategien" sind gebildet. Ordinarien sollen bei Berufungen ausscheiden. Etatsmittel der Institute sollen für "freie Forschungsarbeit der Basisgruppen zur Verfügung gestellt werden. Ultimatum an die Professoren.
- Besetzung des Soziologischen Institutes.
- Die Institutsdirektoren informieren weder Rektor, noch Senat oder Dekan. Der Rektor erfährt die Besetzung aus der Zeitung. Bei der Besetzung betätigte sich eine frühere, wegen Unfähigkeit entlassene Pressereferentin der Universität besonders aktiv.
- Senat erklärt, dass in der AfE und in der philosophischen Fakultät "der Studienbetrieb weitgehend zusammengebrochen sei".
- Kein allgemeiner Streik.
- 14.12.68 Vollversammlung in der Medizin. Fakultät. Streikandrohung, falls Geissendörfer (Chirurgie) nicht auf Anwesenheitskontrolle in der Vorlesung verzichte. Geissendörfer gibt nach.
- Senat appelliert an Landtag und Landesregierung und erklärt, er könne Verantwortung für ein geordnetes Studium nicht mehr übernehmen. Wiesbaden wird aufgefordert, endlich von der Situation in ihrem ganzen Ernst Kenntnis zu nehmen.
- 16.12.68 Rektor erklärt, daß wegen des Vorlesungsboykotts und der Abwesenheit vieler Studenten die Parlamentswahl nicht mehr vor Weihnachten durchgeführt werden darf.

Deswegen Beschwerde des Asta beim Ministdr. Dieser weist Beschwerde zurück. Wahl erst im Februar.

19.12.68 Soziologisches Institut im Morgengrauen von Polizei besetzt.

21.12.68 Rüegg hofft, letzte Konsequenzen vermeiden zu können, stellt aber für Anfang 1969 Schließung der Universität in Aussicht, wenn Streik nicht beendet wird. Die Beteiligung von "Lehrenden" an Streiks kann nicht mehr hingenommen werden.

26.12.68 Christmette im Dom wird durch etwa 50 Randalierer durch Rauchen, Pöbeleien und Zwischenrufe gestört. Kirchenbesucher drängten schließlich die Randalierer hinaus.

1969 8.1. Schütte diskutiert ergebnislos mit AfS-Studenten und wird mit Senf beworfen.

Januar 9.1.69. Wichtiger Aufsatz von K.Vogel in der FAZ  
"Lateinamerikanische Erfahrungen mit studentischer Mitregierung".

Schwere Brandstiftung im Amerikahaus. Bibliothek sehr schwer beschädigt. Täter nicht gefaßt.

11.1.69 Zwei anonyme Anrufe kündigten Bombenexplosion für den Mittag im Rektorat an.

14.1.69 Schütte diskutiert mit Lehrerstudenten, ziemlich ergebnislos. Er setzt aber nun auf "Chancen für eine Gegenbewegung".

Asta billigt den "aktiven Streik".

Landesregierung beschließt, gegen Randalierer vorzugehen, gibt aber gleichzeitig bekannt, daß an Schließung der Universitäten nicht gedacht sei und daß "eine Beruhigung festzustellen sei".

17.1.69 Streik bei den Mathematikern

24.1.69 Prozess gegen Cohn-Bendit wegen der Pauls-Kirchen-krawalle. Staatsanwalt fordert 11 Monate.  
Urteil 6 Monate mit Bewährung.

30.1.69 Galaabend im Schauspielhaus zu Gunsten des Sportes mit Kiesinger-Karajan-Neckermann-Zinn. Sehr starkes Polizeiaufgebot. Verkehr völlig zusammengebrochen.

in der ganzen Innenstadt. Erhard wird attackiert, sein Auto beschädigt, muß umkehren.

Ende Januar 1969: Die Mitglieder des Lehrkörpers erhalten über den Rektor den Erlaß des Kultusministers vom 15.1.1969. Darin: Lehrfreiheit anerkannt, Vorlesungen können bei Behinderung abgebrochen werden. In krassen Fällen ist strafrechtlich vorzugehen, "allerdings wird es zuweilen schwierig sein, die Personalien der einzelnen Störer festzustellen; notfalls muss Polizei <sup>201</sup> eingesetzt werden ..... Ich bitte, die entsprechenden Eingaben auf Ihnen geeignet erscheinende Weise zu erledigen".

Aufsatz von Hennis "Plädoyer für die Fakultät" in FAZ vom 28.1.69.

31.1.69

Morgens erneut Besetzung des Soziologischen Instituts. Mittags (15 h) greift Polizei ein, von den Direktoren gerufen. 76 Personen sistiert, aber sofort wieder entlassen mit Ausnahme von Krahl. Nachmittags Teach in mit 200 Teilnehmern in der Uni. Anschließend Einbruch ins philosoph. Dekanat, Schränke, Stühle und Tische zerschlagen, Akten verstreut, Telefonkabel zerrissen.

In der Nacht vom 30./31.1. nach dem Galaabend neue Taktik. Viele kleine Gruppen überall in der Stadt. Zerstörung von Fensterscheiben in Banken, Amerik. Generalkonsulat, Amerikahaus (mindestens an 8 verschiedenen Stellen). Polizei gegen die neue Taktik völlig hilflos.

Krahl in Untersuchungshaft.

Februar 1969

4.2.69. Neue Satzung im Institut für Politologie (v.Krokow, Fetscher). Institutsrat eingeführt mit 50% Studenten Beteiligung. Den Studenten gleichberechtigte Institutsveranstaltungen zuerkannt.

4.2.69

Störungen in AfE und bei Woing, Geerds, Rauscherberger u.a.

Bei v.Friedeburg Knallfrösche und Eier. Abends tagen Basisgruppen um neue Aktionen vorzubereiten.

5.2.69

Presse teilt mit, daß Polizei ihre Taktik ändere und sich auf die Täuschungsmanöver des SDS einstelle. Zimmer des Justitiars erbrochen und verwüthet, Akten verbrannt.

Rektor ist in Paris. Polizeieinsatz wird vorzeitig zurückgezogen.

Schnellverfahren gegen Krahl eingeleitet. Widerspruch des Verteidigers. Demonstrationen bei der Verhandlung. Parolen: Uchmann (Staatsanwalt) diese Sau, hinter Drahtverhau. Reißt die Justiz nieder, macht nen Puff draus.

Habermas-Assistent Offe wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt vorübergehend festgenommen und angezeigt.

6.2.69

Haftbeschwerde Krahls stattgegeben, kein Schnellverfahren.

7.2.69

SDS Versammlung. Krahl tritt auf. Ultimatum an die Stadt: Oberbürgermeister soll vor Versammlung erscheinen und Demonstrationsverbot aufheben.

Nachmittag, Habermas in der Vorlesung mit Eiern beworfen. Ein Schauspieler war engagiert, um Habermas Sprechweise zu imitieren (H. hat eine Hasenscharte)!

7.2.69

Rüegg kündigt die ersten Disziplinarverfahren an gegen Studenten, die "mit der Taktik von Desperados und Banditen" den Universitätsbetrieb stören.

Auf die Aufforderung, er - Rüegg - soll gegen das Vorgehen der Polizei im Falle Krahl protestieren, erklärt R. "es werde wohl niemand erwarten, daß er gegen die eventuelle Beeinträchtigung von Leuten protestiere, die in Sprechhören gefordert hatten, Professoren solbten aufgehängt werden."

8.2.69

Dritter Versuch der Wahl zum Studentenparlament. Strafanzeige gegen Rüegg durch Angestellte des Verlages Baermeier u. Nickel wegen des Vergehens der Volksverhetzung, weil er Studenten als Banditen bezeichnet habe.

- 13.2.69 ADS erhält 10 von 22 Sitzen im Parlament, SDS 5, LSB und DB je 3, keine klare Mehrheit.
- 18.2.69 Personalrat der Universität verlangt "vorbeugende Sicherung für Univefsitätsdienststellen, da die Grenze des Zumutbaren für Mitarbeiter erreicht sei".
- 19.2.69 SDS stellt Präsidenten im Studentenparlament, obgleich SDS nur 5 von 22 Stimmen erhielt. ADS auch im Haushaltsausschuß des Parlaments nicht vertreten. ADS ruft dazu auf, die Astagebühren nicht zu zahlen.
- 25.2.69 Aufsatz Gerlin in FAZ "Universität ist nicht exterritorial".